



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership (OGP) unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für den Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership (OGP) einzusetzen.

Begründung:

Die „Open Government Partnership (OGP)“ ist eine internationale Initiative, die sich für ein offeneres Regierungs- und Verwaltungshandeln einsetzt und es nachvollziehbarer und effektiver gestalten will. Von den Regierungen der Mitgliedstaaten fordert sie Verbesserungen auf den Gebieten Transparenz, Bürgerbeteiligung, Korruptionsbekämpfung und Rechenschaftslegung. Die OGP entstand auf Initiative der Regierungen der USA und Brasilien im September 2011 am Rande des 66. Treffens der UN-Generalversammlung. Bisweilen sind der OGP 66 Länder beigetreten. Darunter befinden sich bereits 20 der 28 EU-Mitgliedstaaten. In Folge eines Beitritts müsste im Rahmen eines öffentlichen Konsultationsverfahrens ein nationaler Aktionsplan erarbeitet werden, der auch konkrete Ziele und Maßnahmen aus den vorgenannten Themenfeldern verfolgen müsste. Der Vorteil einer Mitgliedschaft besteht in einem hierdurch ermöglichten Wissenstransfer auf internationaler Ebene durch Zusammenarbeit mit den Partnerländern. Bayern könnte insbesondere im Rahmen der Digitalisierung des Freistaats und dem damit verbundenen Zuwachs der Bedeutung von E-Government von dem Know how und den Erfahrungen anderer Staaten profitieren, indem Expertise und Impulse für die eigene Strategie zum Abruf bereitstehen und somit mögliche steuerpolitische Fehler in Bereichen vermieden werden können, in denen bereits andere Staaten Best-Practice-Beispiele vorhalten. Umgekehrt kann Bayern den Mitgliedstaaten der OGP gleichfalls durch Wissenstransfer zur Seite stehen und auf Grundlage eigener Erfahrungen und Zielsetzungen Unterstützung im Sinne einer offenen Regierungsführung anbieten. Einer entsprechenden Entschließung des Bundesrats (Drucksache 462/15) vom 6. November 2015 folgte die Staatsregierung bedauerlicherweise nicht. Der vorliegende Antrag soll deshalb die Staatsregierung zu der gebotenen Kurskorrektur bewegen.